

Brief aus dem Nationalrat : von der Ambivalenz staatlicher Forschungsprogramme

Autor(en): **Leemann, Ursula**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **86 (1992)**

Heft 12

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143740>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Von der Ambivalenz staatlicher Forschungsprogramme

Mit einer Kommission besuchten wir kürzlich einen industriellen Betrieb in der Nähe von Neuenburg, wo Projekte aus den Schwerpunktprogrammen des Bundes laufen. Mit den sechs Programmen, 1991 von den Räten beschlossen, soll die orientierte Forschung in einigen Schlüsselbereichen gefördert werden.

«Orientierte Forschung», zwischen Grundlagen- und angewandter Forschung liegend, wird gemeinsam von Hochschulen und Firmen durchgeführt. Schlüsselbereiche sind moderne, «sanfte» Technologien wie Leistungselektronik, Informatik und Biotechnologie. Die Referate dünkten mich gleichzeitig von Optimismus und von Pessimismus geprägt. Von Optimismus, weil im zuerst angelaufenen Programmbereich die Zusammenarbeit gut funktioniert und bereits die ersten praktisch verwendbaren Resultate vorliegen. Pessimistisch, weil die 1991 beschlossenen Finanzen 1992 schon wieder zurückgestutzt worden sind und für nächstes Jahr weitere Kürzungen drohen.

Auf der Heimreise diskutieren wir weiter über das Gehörte. Die SPS hat 1991 die Schwerpunktprogramme natürlich unterstützt, wenn auch schon damals mit der Kritik, dass sie sehr techniklastig seien. Und so musste die Frage auftauchen: Wie sinnvoll ist denn nun letzten Endes diese Forschung? Führt sie die Gesellschaft in die Richtung, die wir gerne sehen würden? In den letzten zwei Jahrzehnten haben wir ja lernen müssen, dass eine ungebremste Technisierung ebenso die Umwelt wie auch menschliche (und vielleicht speziell weibliche) Werte zerstört. Die modernen «sanften» Technologien sind hier keineswegs ausgenommen. Wer von uns möchte schon die total computerisierte Gesellschaft, wo die Kommunikation nur noch über den Bildschirm läuft und Datensammlungen wuchern? Oder wo ungehemmt gentechnologisch in alle Lebensvorgänge eingegriffen werden kann?

Die Diskussion innerhalb der europäischen Sozialdemokratie

Kurz nach dem Genfer Parteitag der SPS nahm ich an einer Europa-Veranstaltung von Organisationen der spanischen und italienischen Linken in Zürich teil. Eine Italienerin und ein Spanier, beide aus dem Stab der sozialistischen Fraktion im Europa-Parlament, erläuterten den Maastricht- und den EWR-Vertrag. Meine Aufgabe war es, über die Auswirkungen des EWR in der Schweiz und auch über die laufende Diskussion zu berichten. Dass Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter aus dem EG- und EWR-Raum auf ein schweizerisches Ja am 6. Dezember hoffen, dürfte klar sein; die Anwesenden zeigten sich denn auch sehr erfreut über den deutlichen Entscheid der SPS in Genf.

Auffallend war für mich aber die Tatsache, dass weder bei den Gästen aus Brüssel noch bei den Genossinnen und Genossen aus Zürich irgendein Verständnis für die kritische Seite unseres Ja (und schon gar nicht für ein Nein) auszumachen war. Auch in der EG habe schliesslich der Umweltschutz einen hohen Stellenwert, Arbeitnehmerrechte sogar einen beträchtlich höheren als in der Schweiz. Und wie könnten Linke gegen einen Vertrag sein, der – da wirtschaftlich von Vorteil – die Arbeitsplätze sichere?

Die beiden Diskussionen haben für mich etwas miteinander zu tun. Dass es auch EG-Forschungsprogramme mit ganz ähnlichen Schwerpunkten gibt wie bei den schweizerischen, dass Bund und Hochschulen sich an ihnen auch unabhängig vom EWR beteiligen, ist dabei nebensächlich. Zwei Probleme aber beschäftigen mich. Das eine ist unser *gespaltenes Verhältnis zur technisch-zivilisatorischen Entwicklung*. Unsere Vorstellungen von einer menschlicheren und sich nachhaltig entwickelnden Welt verlangen eindeutig Zurückhaltung bei der Realisierung technischer Möglichkeiten und eine

Abkehr vom (quantitativen) Wirtschaftswachstum. Dies wurde schon längst überzeugend begründet, angefangen beim Club of Rome, und keineswegs nur von der Linken. Natürlich wollen wir auch den Arbeitsplatz- und Sozialabbau verhindern. Wo genau setzen wir also den Hebel an, besonders in der heutigen schlechten Wirtschaftslage? Nun ist es auf der einen Seite schwierig, den EG-Genossinnen und -Genossen eine gewisse Schweizer Skepsis verständlich zu machen; andererseits dominiert bei der EWR-Gegnerschaft, darüber dürfte sich ja niemand Illusionen machen, die rechte und nicht die linksgrüne Seite. Sind unsere Vorstellungen oder unsere Argumente vielleicht zu elitär – und auch zu vage?

Angst vor Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlust

Wir müssen wohl davon ausgehen, dass heute eine grosse Zahl von Schweizerinnen und Schweizern Angst vor einem Arbeitsplatz- oder Wohlstandsverlust hat. Umfragen, periodisch nach demselben Schema durchgeführt, zeigen eine sehr deutliche Verschiebung innerhalb der letzten zwei Jahre: Befürchtungen wirtschaftlicher Art haben gegenüber solchen umweltpolitischer Natur klar die Oberhand gewonnen. Natürlich meine ich mit dieser Feststellung nicht, dass wir unsere Fahne nach dem Wind drehen sollten; wir sollten aber solche Entwicklungen immerhin zur Kenntnis nehmen.

Für mich bedeutet dies zum Beispiel, dass umweltpolitisch motivierte Forderungen nach freiwilliger Einschränkung und nach Verzicht noch weniger als bisher bewirken werden. Es bedeutet, dass die *Idealvorstellungen* von den kleinräumigen, weniger technisierten und autarkeren Gemeinschaften zwar gefühlsmässig sehr wohl ansprechen, aber mangels Konkretisierung letztlich *unwirksam* bleiben. Sie mögen zwar zu einem EWR-Nein beitragen – sie ändern aber nichts am grundsätzlichen Problem, dass die Arbeitsplatzfrage für die meisten Leute die entscheidende ist, und dass es für ihre Beantwortung im Sinne einer teilweisen «Enttechnisierung» und Abkoppelung bis heute kein überzeugendes Rezept gibt. (Auch ich hege übrigens die genannten Idealvorstellungen; allerdings kommt mir

dann gelegentlich auch Marie-Antoinette in den Sinn, die im wohlgepflegten Park Schäferidyllen spielte, während sich draussen auf der Strasse die Revolution vorbereitete.)

Was die Haltung der EG-Genossinnen und -Genossen betrifft, so ist sie kaum mit dem geringeren Wohlstand zu erklären; die Differenzen im kaufkraft-korrigierten Bruttosozialprodukt pro Kopf dünken mich zu gering dazu. Anders aber die *Arbeitslosenzahlen*: In den zwei Jahre alten Statistiken ist der Unterschied zwischen der Schweiz und den EG-Ländern eklatant. Und gerade hier holt uns ja die Entwicklung ein...

Nötig dünkt mich aber, dass wir unser streckenweise ambivalentes Verhältnis zur technischen Entwicklung schärfer definieren und bei der Frage des Wirtschaftswachstums intensiver über das leider viel zu vage gebliebene qualitative Wachstum nachdenken. Wir kommen heute ja kaum darum herum, *Investitionsförderungsprogramme* zu verlangen. Selbstverständlich sollen es vernünftige Investitionen sein, zum Beispiel im Wohnungsbau und im Energiesparbereich. Und da wir die Lehre von Keynes nie völlig verdrängten und nach dem Scheitern der Reagonomics noch viel weniger Grund haben, dies zu tun, ist auch die Finanzierung kein unüberwindbares Problem. Aber genügt es, auf diese Art die gewissermassen klassischen Bereiche anzusprechen? Wir brauchen ja auch Innovationen: nicht nur, um uns die Konkurrenzfähigkeit zu sichern, sondern weil gerade sie Schritte in Richtung qualitatives Wachstum sein könnten. Mir scheint es deshalb sehr wichtig, auch über die «sanften» Technologien zu sprechen und die Grenzen zwischen Sinnvollem und nicht Sinnvollem mit weniger Berührungsängsten als bisher zu diskutieren. Sinnvolles sollten wir klarer und eindeutiger akzeptieren, und gleichzeitig zur Verhinderung des Nichtsinnvollen und Missbräuchlichen schärfere Kriterien entwickeln. Die Forschungs-Schwerpunktprogramme dünken mich jedenfalls (insgesamt – das heisst nicht notwendigerweise in jedem Detail) sinnvoll und richtig, und ich werde mich gegen Kürzungen in diesen Bereichen wehren.

Ursula Leemann